

24. Plenarsitzung am 04. November 2010 - Antrag der Fraktion NPD zum
Thema: **"Qualifizierten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung
sicherstellen – Kommunen durch Bund und Land entlasten"**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!

Die NPD- Fraktion hat die Kinderbetreuung als populistisches Betätigungsfeld entdeckt. Liegt dies womöglich daran, dass ihr verschrobenes Weltbild von der mit dem Mutter- kreuz ausgezeichneten Hausfrau nicht mehr in die Wirklichkeit passt?

(Jürgen Gansel, NPD: Wechseln Sie mal die Schallplatte, die wird schon zu lange gespielt! –
Weitere Zurufe von der NPD)

Frauen lassen sich eben heute nicht mehr einfach so an den Herd verordnen, zum Wäsche waschen zwingen oder als Mütterchen ins Haus sperren.

(Beifall des Abg. Prof. Dr. Martin Gillo, CDU – Alexander Delle, NPD: Zum Thema!)

Allerdings erkennt die NPD selbst mit diesem hier vorliegenden Antrag nach wie vor nicht, dass sich unsere Gesellschaft stetig weiterentwickelt. In der Begründung zu diesem Antrag wird das auch ganz deutlich.

Wenn Mütter arbeiten gehen, dann eben nicht – laut NPD –, weil sie Karriere machen oder sich selbst verwirklichen wollen. Nein, wenn Mütter arbeiten gehen, dann nur, weil sie wirtschaftlichen Zwängen unterworfen sind. So sagt es jedenfalls der Begründungstext Ihres Antrages.

Wenn die NPD das sagt, negiert sie ebenso die qualitativ gute Kinderbetreuung und frühkindliche Bildung außer- halb der Familie im Freistaat Sachsen. Sie degradiert geradezu Kindertagesstätten und Tagespflegepersonen zu wohl oder übel hinzunehmenden Ersatzprodukten. Die Dame und Herren der NPD benutzen die positiven Bestrebungen von Kommunen, Freistaat und Bund im Bereich der Kinderbetreuung, um wieder einmal ihr krudes Weltbild in dieses Hohe Haus zu tragen.

Werte Abgeordnete! Der vorliegende Antrag strotzt vor Widersprüchen. Zum einen verfolgt die NPD als Endziel die Abschaffung der von ihr sogenannten Fremdbetreuung.

(Jürgen Gansel, NPD: „Endlösung“, wollten Sie doch sagen!)

Auf dem Weg dahin soll aber der Staat noch einmal kräftig in die Tasche greifen. So fordern die Antragsteller nicht nur einen Betreuungsschlüssel von 1 : 4, sondern auch noch die Übernahme der anfallenden Mehrkosten durch Bund und Freistaat, und zwar in einer Höhe, die Ihnen, sehr verehrte Abgeordnete von Rechts, noch nicht einmal bekannt sind.

Dabei verkennt die NPD auch, dass es nicht allein der Entscheidungskompetenz des Bundes obliegt, wer für welche Aufgaben verantwortlich zeichnet. Das zeigt im Übrigen wieder einmal, wie wenig die braunen Akteure von Demokratie und dem Sinn und Zweck von Föderalismus in der Bundesrepublik wissen oder wissen wollen. Länder und Kommunen sind über den Bundesrat und die Spitzenverbände in den Prozess der Gesetzgebung integriert. Sie werden dort angehört und ihr Meinungsbild wird entsprechend berücksichtigt und diskutiert.

(Zuruf des Abg. Alexander Delle, NPD)

Meine Damen und Herren! Wir sollten an dieser Stelle den Willen des Bundes und des Freistaates nach einer umfassenden Finanzierung und Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung anerkennen und entsprechend herausstellen. Das Kinderförderungsgesetz von 2008, dem auch der Bundesrat zugestimmt hat, setzt dafür den gesetzlichen Rahmen. Wie sich der Wille zur Weiterentwicklung der Kinderbetreuung ausdrückt, zeigt auch der vorliegende Entwurf zum Doppelhaushalt 2011/2012 in Sachsen. Mehr als 16 Millionen Euro jährlich stellt der Bund dem Freistaat Sachsen im Rahmen des Investitionsprogramms Kindertagesbetreuung zum Ausbau für die unter Dreijährigen zur Verfügung. Diese Mittel fließen den Kommunen als Aufgabenträger in vollem Umfang zu.

Darüber hinaus investiert Sachsen im Rahmen des kommenden Doppelhaushaltes fast 398 Millionen Euro im Jahr 2011 und mehr als 400 Millionen Euro im Jahr 2012 in die frühkindliche Bildung. Die steigenden Ausgaben zeigen deutlich die steigenden Zahlen der betreuten Kinder – und das, die Dame und die Herren von der NPD, ist auch gut so.

Hier unterstützen wir die Kommunen nachhaltig und vor dem Hintergrund unserer grundsätzlichen Haushaltsentwicklung auch ausgewogen. Wünschenswert ist natürlich immer vieles, aber wir müssen derartige Ausgaben auch unter den anstehenden Haushaltsvorgaben betrachten.

Sehr geehrte Abgeordnete, die Koalitionsfraktionen von CDU und FDP lehnen den vorliegenden Antrag ab. Er dient weder der Sache selbst noch den Menschen in unserem Land. Zu einer wirklichen und dauerhaften Verbesserung der frühkindlichen Bildung, die wir alle wollen, trägt dieses braune Gedankengut auf jeden Fall nicht bei.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der FDP und den GRÜNEN)